




Bundeskabinett beschließt Regierungsprogramm Bundeskabinett beschließt Regierungsprogramm 'Digitale Verwaltung 2020 und 'Open-Data'-Aktionsplan

Bundeskabinett beschließt Regierungsprogramm "Digitale Verwaltung 2020" und "Open-Data"-Aktionsplan
In Umsetzung der Digitalen Agenda hat das Bundeskabinett heute zwei weitere wichtige Bausteine zur Digitalisierung auf den Weg gebracht. Beschlossen wurden das Programm "Digitale Verwaltung 2020" und der Aktionsplan zur Umsetzung der Open-Data-Charta der G8. "Die Bundesregierung geht mit den heutigen Beschlüssen einen entscheidenden Schritt zur Digitalisierung der Behörden. Wir stehen damit klar zu einer nutzerfreundlicheren, einfacheren Verwaltung, die orts- und zeitunabhängig für alle Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen erreichbar ist - unter Wahrung der Datensicherheit", sagte Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière. Das Programm "Digitale Verwaltung 2020" zielt darauf ab, das E-Government-Gesetz im Bund koordiniert umzusetzen. Ein wesentlicher Schritt ist dabei der konsequente Wechsel innerhalb der Bundesverwaltung von der Papier-Akte zur E-Akte. Die internen Prozesse der Verwaltung sollen durchgängig digitalisiert, vernetzt und medienbruchfrei gestaltet werden. Darüber hinaus gibt es weitere Einzelprojekte wie beispielsweise die durchgehende Digitalisierung des Beschaffungsvorgangs. Das entlastet Verwaltung und Unternehmen. Wichtiges Ziel des Programms ist es auch, die Transparenz innerhalb der Bundesverwaltung zu erhöhen. Aus diesem Grund hat Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière heute dem Kabinett den Aktionsplan zur Umsetzung der Open-Data-Charta der G8 vorgelegt. Mit dem Aktionsplan soll die Bundesverwaltung zum Vorreiter bei der offenen Bereitstellung von Verwaltungsdaten werden. Jede Bundesbehörde verpflichtet sich, bis zum Ende des ersten Quartals 2015 mindestens zwei Datensätze auf dem ebenenübergreifenden Datenportal GovData zu veröffentlichen. Die Bandbreite dieser Datensätze reicht von der Polizeilichen Kriminalstatistik über Daten der Entwicklungszusammenarbeit und Sozialbudgets bis zu Daten der Deutschen Digitalen Bibliothek und dem gesamten Inhalt des Datenportals des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. "Der Aktionsplan ist ein wichtiger Schritt, um das Grundprinzip der G 8-Open-Data-Charta - 'Open Data als Standard' - in die Realität umzusetzen. Ich freue mich daher, dass wir heute den entsprechenden Aktionsplan beschließen konnten. Er ist ein klares Richtungssignal für offene Daten", sagte Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière. Bundesministerium des Innern (BMI) | Alt-Moabit 101 D | 10559 Berlin | Telefon: +49 30 18681-1022/-1023 /-1089 | Telefax: +49 30 18681-1083 | Mail: presse@bmi.bund.de | URL: <http://www.bmi.bund.de> | 

Pressekontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
presse@bmi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
presse@bmi.bund.de

Das Bundesministerium des Innern ist verantwortlich für die innere Sicherheit. Dazu gehören sowohl die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger als auch der Schutz unserer Verfassung. Weiteres wesentliches Element im nationalen Sicherheitssystem ist der Aufgabenbereich Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Das Bundesministerium des Innern erfüllt ein breites Aufgabenspektrum und ist differenziert organisiert. Es hat seinen Sitz in Berlin und Bonn und verfügt über eine weit verzweigte Behördenstruktur. Seit dem 12. Juli 1999 ist Berlin sein erster Dienstsitz. Das im Bezirk Berlin-Mitte, Ortsteil Moabit, gelegene Dienstgebäude bietet auf 13 Etagen Raum für rund 900 Berliner Bedienstete des Ministeriums. Der Bundesminister des Innern kümmert sich um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der Informationsgesellschaft. Er sorgt dafür, dass sie den neuen Informations- und Kommunikationstechniken vertrauen können und dass ihre Privatsphäre geschützt bleibt. Auch Migrations- und Integrationspolitik gehört zu den zentralen Aufgaben des Bundesinnenministeriums. Migration ist ein weltweites Phänomen, dessen Bedeutung seit Bestehen der Bundesrepublik stark zugenommen hat. Der Bundesminister des Innern ist ebenfalls zuständig für den öffentlichen Dienst. Über 5 Millionen Menschen sind in Deutschland beim Staat - beim Bund, bei den Ländern und Gemeinden - beschäftigt.